

Rede Präsident Dr. Frank Mentrup Hauptversammlung des Städtetags 2024 in Freiburg im Breisgau 26. September 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Komm in die Zukunft“ und „kommunal in die Zukunft - Morgen fängt heute an“. Unter diesem Motto darf ich Sie noch einmal alle zu unserer diesjährigen Hauptversammlung hier in Freiburg begrüßen. Wir wollen uns heute und morgen mit dem Heute und dem Morgen beschäftigen. Transformation ist ein inzwischen viel genutztes Wort. Wer dabei nur an Klimawandel und Digitalisierung oder technische Lösungen denkt, muss den Kopf heben und weiterblicken. Nicht nur, weil es inzwischen alle Lebensbereiche umfasst, und das soll auch im Mittelpunkt unserer Diskussion stehen, es hier nicht nur um neue Technik geht, die ist meist auch schon bekannt ist, sondern wir müssen uns auch mit unseren Denk- und Herangehensweisen beschäftigen.

Oft sind wir gefangen und oft erleben wir bei den Menschen, denen wir vor Ort begegnen eine Art Gefangenheit in Bemerkungen, wie: „das haben wir doch schon immer so gemacht“, dicht gefolgt von: „die Anderen machen das ja auch so oder?“ Wie wäre es mit: „Wir wissen ja nicht, ob das klappt und ob es sich auszahlt?“

Wenn wir aber unsere Städte und Gemeinde in eine gute und stabile Zukunft führen wollen, müssen wir heraus aus der berühmt berüchtigten Komfortzone. Kein Neuanfang ohne Abschied von Altem. Vieles hat uns jahre- und jahrzehntelang gute Dienste geleistet und hohe Sicherheit gebracht. Aber „das haben wir schon immer so gemacht“ führt in Anbetracht der aktuellen Rahmenbedingungen oft eher zu Gejammer und Anklagen und nicht zu dem Elan, neue Wege zu gehen.

Ich weiß, was das bedeutet. Wir tun uns mit Veränderungen nicht immer leicht, denn Unbekanntes bedeutet vor allem erst einmal Unsicherheit. Nachher in den Foren und bei den Exkursionen gibt es deshalb zunächst Gelegenheit, sich an guten Beispielen aus unseren Mitgliedsstädten und den Verantwortlichen zu orientieren und aus diesen guten Beispielen zu lernen.

Denn - und da kommt die erste gute Nachricht: Wir sind in vielem in der Umsetzung schon viel weiter in unseren Verwaltungen, als das allgemein bekannt und vor allem auf den anderen politischen Ebenen realisiert ist. Wir wissen das, aber draußen müssen wir an diesem neuen Image noch intensiv arbeiten.

Die Neurowissenschaftlerin Maren Urner hat eines der aktuellen Probleme so beschrieben: „Das Reden über Probleme schafft Probleme. Das Reden über Lösungen schafft Lösungen“. Und jeder von uns weiß, was das innerhalb der Stadtverwaltung bedeutet. Wir haben's doch oft mit Bedenkenträgern und Haderern zu tun. Das ist auch ganz wichtig. Denn wir müssen wissen, auf welche möglichen Risiken wir uns einlassen. Wir haben aber auch unseren mentalen Drift und müssen Mut machen, auch in der Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich habe großes Verständnis für Argumente, die dagegen sprechen und für die uns bekannten schwierigen Dinge. Aber wir müssen uns dennoch für einen energischen Weg in die Zukunft entscheiden, mit allen Risiken, aber auch mit allen Chancen, die damit verbunden sind. Und dies auch angesichts der allgemeinen, allgegenwärtigen

mentalen, politischen und finanziellen Erschöpfung nach den Krisen der vergangenen Jahre.

Wer hätte denn jemals voraussehen können, dass wir mit Corona, dem Krieg gegen die Ukraine, der Klimakrise und dem Personalmangel an allen Ecken gefühlt von Krise zu Krise steuern, die sich auch überwiegend überlagern? Wir müssen akzeptieren und respektieren, dass das keine nur spezifisch deutsche Situation und Entwicklung ist. Sondern wir werden von internationalen Themen eingeholt, die anderswo schon über Jahre und Jahrzehnte selbstverständlich sind.

Wir müssen realisieren, auf welcher Wohlfühlinsel wir uns hier in der Mitte Europas die ganze Zeit bewegt haben. Und warum soll denn überall in der Welt Migration ein großes Thema sein? Warum soll überall der Klimawandel Katastrophen hervorrufen und wir wiegen uns immer noch in der Sicherheit, uns wird am Ende nichts passieren oder „vielleicht liegt es ja auch an den Andern, dass es dort überhaupt passiert?“ Es ist Zeit, für eine neue zurückhaltende und demütige Einstellung: Das sind alles internationale Krisen, die uns jetzt voll erwischt haben. Jetzt müssen wir gemeinsam schauen. Und wenn wir schon als wohlhabende Nation mitten in Europa deswegen in Hadern und Zaudern verfallen, dann sind wir unserer nationalen Verantwortung nicht gerecht geworden.

Wir müssen realisieren, dass es keinen Sinn macht, Krise für Krise als Übergangsphänomen wahrzunehmen und zu überlegen: Wie können wir diese Krise hinter uns bringen, um dann bei den anderen Themen wieder richtig loszulegen. Sondern wir erleben im Moment, dass sich die Zeiten voraussichtlich nicht mehr ändern werden. Es werden aus den besagten Gründen immer wieder neue Engpässe auf uns zukommen. Es werden durch den Klimawandel immer neue Bereiche unseres Landes in Schwierigkeiten geraten, durch Starkregen, durch Überschwemmungen und durch Wetterkatastrophen. Daher müssen wir uns darauf einstellen, dass wir auch unseren eigenen Mitarbeitenden nicht mehr das Gefühl geben, es reiche aus, nur die Zähne zusammenzubeißen und durchzuhalten, nach dem Motto: Es wird schon alles wieder anders werden. Sondern wir müssen uns auf diese für uns neue Situation einstellen.

Wir müssen offen und ehrlich damit umgehen und anders, als es in der Coronakrise völlig berechtigt war, nicht mehr so tun, dass wir alles schaffen werden und die Bürgerinnen und Bürger von diesen Krisen nichts spüren. Es wird auch keine Diskussion darüber geben müssen, mit wie viel Geld wir in Zukunft welchen Wohlstand für alle halten wollen angesichts der großen Gemeinschaftsaufgaben, die wir zu leisten haben. Sondern neben der mentalen Umstellung, dass wir uns in einer Zeit permanenter Umbrüche und neuer Herausforderungen befinden, müssen wir deutlich machen, dass es nicht mehr so sein wird. Wir können in der Politik und mit Geld nicht alles wegmoderieren. Daher ist es umso wichtiger, hier einen ehrlichen und offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzugehen, gemeinsam Prioritäten festzusetzen und die Zukunft gemeinsam verantwortlich zu gestalten.

Wir haben heute Morgen in der Vorstandssitzung einstimmig die Freiburger Erklärung verabschiedet, die Sie alle an Ihrem Platz vorfinden. Dort mahnen wir die drohende Handlungsunfähigkeit unserer Städte an und haben diejenigen Punkte zusammengetragen, an denen wir dringend handeln müssen. Neben dem, was ich über die gemeinsame Verantwortlichkeit mit den Bürgerinnen und Bürgern und innerhalb und mit unseren Stadtverwaltungen angesprochen habe, bedarf es einer

neuen Verantwortlichkeit gemeinsam mit Bund und Land. Denn diejenigen, die uns permanent weitere Aufgaben zuschieben, müssen uns auch handlungsfähig halten oder uns wieder handlungsfähig machen.

Oder aber wir müssen gemeinsam feststellen, dass die bisherigen Erwartungen nicht mehr erfüllbar sind. Und wir müssen uns dann gemeinsam vor die Bürgerinnen und Bürger stellen und sagen, was noch möglich ist, was nicht mehr möglich und was auch in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu erreichen ist. Das Pingpong-Spiel, das wir in den letzten Jahren zwischen Bund, Land und Kommunen erleben, wer zu welchem Zeitpunkt was verbockt oder zu wenig Geld bereitgestellt hat, sollten wir nicht weiterführen.

Weder die Streitkultur in Berlin, und da nehme ich im Moment nicht nur die Ampel in die Pflicht, noch das Gefühl, wir müssen mit Mitleid ans Land herangehen, weil der Bund dem Land mal wieder nicht genug Geld gegeben hat für das, was wir letztendlich als Kommunen umzusetzen haben.

Wir brauchen aber auch kein Mitleid mit unseren Obervermietern zu haben, dass sie nicht genug Geld haben, um uns als Untermietern die entsprechenden Möglichkeiten zu schaffen, wie wir die großen Themen, großen Erwartungen und großen Ankündigungen der Politik vor Ort rechtfertigen, wenn es darum geht, dass in der Gemeinde A oder B etwas umgesetzt worden ist. Es geht doch darum, das Vertrauen in die Politik zu stärken und der Politikverdrossenheit keinen Vorschub zu leisten. Deswegen lassen Sie uns den heutigen und den morgigen Tag auch nutzen, mit Landespolitik und auch mit Blick auf Bundespolitik gemeinsam festzuhalten. Wir brauchen einen neuen Pakt der Verantwortlichkeit. Wir brauchen ein gemeinsames abgestimmtes Auftreten für das, was möglich ist und das, was nicht möglich ist. Wir brauchen klare Rahmenbedingungen der Finanzierung und der Umsetzung, auf die wir uns schlussendlich gemeinsam geeinigt haben. Wir haben kein Ideenproblem. Wir haben auch kein Technikproblem.

Wir haben ein Umsetzungsproblem. Wir tun immer so, als wenn wir uns von den Populisten dadurch abgrenzen müssten, dass die Dinge so furchtbar komplex seien. Wir bekommen es einfach derzeit politisch nicht mehr hin, auf klare Herausforderungen klare Antworten zu geben und sie dann von oben bis vor Ort konsequent umzusetzen.

Zwei Dinge gehören aber auch dazu. Neben dem Können, dem Wissen und dem Wollen brauchen wir Mut, auch neue Dinge anzugehen. Wir brauchen Mut, uns auch Fehler zu erlauben und wir brauchen Mut, und hier folgt der zweite Begriff: uns gegenseitig Vertrauen zu schenken. Als kleines Beispiel erinnere ich an den so genannten Erprobungsparagraphen im Kitabereich. Vielleicht ist er eine Art Blaupause, wie man in Zukunft auch mit anderen Themen umgehen kann, nämlich uns über eine Öffnung die Möglichkeit zu geben, in der kommunalen Situation flexibler, angepasster und auch mit eigener Verantwortlichkeit für das, was bisher in dieser Zusammensetzung nicht möglich war, das Thema pragmatisch umsetzen zu können. Seinerzeit waren wir dankbar, dass das von der Landespolitik aufgegriffen wurde. Ich weiß nicht, ob der Mut reicht, uns das als Gemeinden weiterhin zuzutrauen.

Ich schaue mir nur das wirklich peinliche Spiel um das Landesmobilitätsgesetz an. Hier wurden wir als Kommunen eingespannt, in einem Pilotprojekt für verschiedene Instrumente viel Zeit und viel Aufwand zu investieren, um zu schauen, wie eine Nahverkehrsabgabe, die in kommunaler Trägerschaft liegt, ausgestaltet werden könnte. Wir haben hier vier Modelle für eine solche Nahverkehrsabgabe erprobt. Hier verweise ich auf die guten Beispiele aus London, den italienischen

Städten und der Arbeitgeberabgabe in Frankreich. Und nun entnehmen wir der Gesetzesvorlage, dass die erfolversprechendsten zwei dieser vier Instrumente, die übrigens international anerkannt sind, herausgestrichen worden sind. Das hat, lieber Herr Strobl, nichts damit zu tun, was wir am Freitag bei der Übergabe neuer Unterortsschilder vehement vertreten haben, nämlich dass die Landesregierung sich zum Ziel gesetzt hat, den Kommunen erweiterte Entscheidungs- und Handlungsspielräume zu geben. Das, was uns beim Landesmobilitätsgesetz passiert ist, ist genau das Gegenteil davon. Deshalb ist es für uns an dieser Stelle völlig wertlos. So kann man nicht mit uns Politik machen und so werden wir auch die Herausforderungen der Zukunft nicht erfolgreich bewältigen können.

Lassen Sie uns doch zu dem zurückkehren, was wir während der Pandemie erfolgreich miteinander praktiziert haben. Hier war selbstverständlich, dass es in Anbetracht der sich zum Teil Tag für Tag verändernden Voraussetzungen eine direkte schnelle und vertrauensvolle Kommunikation gegeben hat, auch bei der Umsetzung zwischen den Ministerien und etwa dem Städtetag und damit den Kommunen. Am Ende war's mitunter Samstag 23:45 Uhr oder sonntags 23:45 Uhr, als die nächste Verordnungsstufe erlassen wurde und wir morgens um 8:00 Uhr damit beginnen mussten, sie umzusetzen. Aus Sicht des Städtetags war es eine Zeit, in der in der allgemeinen Not plötzlich eine direkte, wertschätzende und vertrauensvolle Kommunikation möglich war. Lassen Sie uns wieder in eine offene vertrauensvolle Kommunikation und Umsetzung zwischen den Ministerien und etwa dem Städtetag kommen - das kostet keinen Euro Steuergeld zusätzlich. Lassen Sie uns aus diesem Beispiel lernen und die Herausforderungen wieder und noch intensiver in einer offenen, einer vertrauensvollen und auch in einer konstruktiven Form miteinander bewältigen. Lassen Sie uns vor allem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine gemeinsame Verantwortung nicht nur dokumentieren, sondern auch nach außen präsentieren. Dann gewinnen wir wieder sehr viel Vertrauen zurück.

Dennoch müssen wir an dieser Stelle einige Themen als offene Baustellen ansprechen, bei denen ich mir wünsche, in der von mir vorgegebenen Art miteinander umzugehen.

Die Frage nach der Finanzierung der Kommunen ist so dringend wie schon lange nicht mehr. Und mit den anstehenden Doppelhaushalt wird die Regierung ein letztes Mal in dieser Legislaturperiode Schwerpunkte in den für sie wichtigen Themenbereichen setzen können. Ein letztes Mal gilt es, sich mit den offenen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags auseinanderzusetzen. Wir müssen uns eingestehen, dass die tatsächlichen Entwicklungen, die mit den genannten Katastrophen und Krisen zu tun haben, dem politischen Gestaltungswillen enge Grenzen setzen. Die Ausgaben durch Inflation und Energiepreiserhöhungen, die teuren Tarifabschlüsse, die Vielzahl an neuen Aufgaben und Standards. Vieles ist so umfangreich geworden, dass uns auf beiden Seiten, Land und Kommunen, die Mittel fehlen, um dies auskömmlich zu finanzieren oder einzusetzen. Dies ist auch Grund dafür, dass die kommunalen Haushalte zunehmend in eine gewaltige Schieflage geraten. Über 60 % der Haushalte der Städte und Gemeinden sind nicht mehr ausgeglichen. Bei den Landkreisen sieht es bei über 80 % noch dramatischer aus. Eine zumindest, seitdem ich seit 1989 die Landespolitik verfolge, für mich noch nie da gewesene Situation. Viele Rücklagen der vergangenen Jahre sind aufgebraucht. Das Kernkapital vieler städtischer Gesellschaften ist geschmolzen und die Einnahmen können mit der Aufgaben- und Ausgabenlast nicht Schritt halten.

Das Land Baden-Württemberg braucht aber die Städte als Zukunftsmacher, als Lösungsfinder und als pragmatische Umsetzer. Und nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln, qualifiziertem Personal und modernen Strukturen und klaren Rahmenbedingungen können wir diese Aufgaben meistern.

Bis vor einigen Wochen hätte ich Sie an dieser Stelle nur pessimistisch resigniert angeschaut. Jetzt möchte ich mich ausdrücklich bedanken für die letzte Runde, die wir in der gemeinsamen Finanzkommission hinter uns gebracht haben. Es hat sich ausgezahlt, dass Sie unserem Vorschlag gefolgt sind, uns nicht erst in einer gemeinsamen Finanzkommission zusammensetzen, wenn die großen Eckpunkte des Haushaltsentwurfs der Koalition schon vorliegen, sondern wir vorher schon in einer ähnlichen Augenhöhe wie die Ministerien eingeladen worden sind, die Position der kommunale Spitzenverbände auch in diesem Gremium zu vertreten. Und das in den uns zugestanden in 20 Minuten. Das klingt jetzt erst mal schrecklich. Aber die Ministerien hatten auch jeweils 10 Minuten gehabt. Aus unseren 20 Minuten wurde dann doch eine intensive, einstündige Diskussion. Als doch erst kurze Zeit im Amt des Städtetagspräsidenten war und ist es mir wichtig, die aktuelle Finanznot, die Unmöglichkeit der Ausfinanzierung und vor allem die finanzielle Unmöglichkeit der Kommunen auf aktuelle Krisensituation zu reagieren, zu verdeutlichen.

Wir haben uns in den vier Hauptproblempunkten, die wir schon für 2024 sehen, in großen Schritten aufeinander zu bewegt. Das betrifft eine dritte Tranche beim Bundesteilhabegesetz, die uns in Aussicht gestellt wurde. Das betrifft einen Notfallfonds für die Kliniken. Das betrifft die Durchreichung von 100 % der Bundesmittel bei den Geflüchteten im Jahr 2024 ohne Festlegung, was ab dem Jahr 2025 passiert. Vor allem betrifft es den Umgang mit 1,2 Milliarden Antragsstau um auf ein Förderprogramm, das durch die Durchreichung der Bundesmittel nur auf 372 Millionen ausgelegt ist.

Herzlichen Dank an die Fraktionen, die daran gearbeitet haben, an die Ministerien, die zugearbeitet haben und vor allem für die gute interne Abstimmung, so dass am Ende die Regierung und die Fraktionen, auch wenn sie zeitweilig etwas einzeln agiert haben, ein stimmiges Konzept für die aktuelle Linderung der Probleme in 2024 vorgelegt haben.

Ein zweiter Schritt muss folgen, der sich dann mit den Themen ab 2025 beschäftigt und vieles aufnimmt, was wir bei den Finanzverhandlungen beim letzten und vorletzten Haushalt wegen der Krisen vor uns hergeschoben haben. Da diese Krisenzeit nicht aufhören wird, müssen wir uns spätestens jetzt mit diesen Themen auseinandersetzen.

Jetzt höre ich von vielen Seiten: die Entlastungsallianz wird es schon richten. Das ist insofern richtig, als wir hier den Standardabbau der Bürokratie ernsthaft angehen müssen, um uns größere Handlungsspielräume zu geben. Bei den aktuellen finanziellen Herausforderungen wird es aber die Entlastungsallianz allein nicht bringen können.

Hier müssen andere Ebenen und müssen Sie mit uns noch einmal eindeutig und tiefgehend diskutieren. Zudem gibt es viele Themen, die die Politik erst miteinander klären und nicht am Tisch gemeinsam mit zahlreichen Verbänden diskutieren sollte.

Wir sollten aber sauber trennen: Was ist die Entlastungsallianz und was bringt der ein oder anderen Stelle auch finanzielle Vorteile? Es ist aber aus der

Entlastungsallianz heraus Aufgabe zu klären, was kann zwischen den Kommunen und der Landespolitik und was muss innerhalb der Landespolitik getan werden und wo können Prioritäten gesetzt werden. Das bedeutet auch, Posterioritäten festzulegen. Und das muss gemeinsam verantwortet nach und außen getragen werden.

Im Hinblick auf den Klimaschutz kommen wir mit den bisherigen Instrumenten der Finanzierung nicht hin. Aber ohne die Städte ist dies nicht denkbar. Wir brauchen andere Möglichkeiten, andere Instrumente, die den Kommunen ermöglichen, auch privates Kapital zu akquirieren, sowohl im Bereich des Eigenkapitals auch als klassisch bei der Aufnahme von Fremdkapital. Vor allem müssen wir schauen, dass unsere Stadtwerke nicht in die Krise geraten. Bei den Stadtwerken stehen im Moment große Herausforderungen an. Zudem gibt es Kollegen, die bisher aus dem Gewinn der Stadtwerke über den steuerlichen Querverbund andere Dinge ausgleichen konnten, was im Moment nicht mehr möglich ist. Neben den neuen Finanzinstrumenten müssen wir die Themen, die wir über die Stadtwerke abbilden konnten, erneut auf eine andere stabile finanzielle Grundlage stellen, um den Stadtwerken wieder den finanziellen Spielraum zu geben, um dies wieder stärker aus eigenen Gewinnen darstellen zu können.

In Karlsruhe, ich bin mir sicher, ähnlich auch in anderen Kommunen, ist es vor allem der ÖPNV, dem dies doppelt auf die Füße fällt. Hier mussten wir in den letzten 6 bzw. 7 Jahren zum Teil nicht nur eine Verdreifachung des Defizits feststellen, sondern teilweise ist auch die Querfinanzierung über andere Einnahmemöglichkeiten weggebrochen. Das schafft uns zwei Probleme: ein doppeltes beim ÖPNV und ein einfaches bei den Stadtwerken und damit bei der Energiewende.

Ein weiteres großes Thema ist die Baustelle des Rechtsanspruchs auf den Ganztags in der Grundschule. 454.000 Kinder werden diesen Anspruch haben. Der Anspruch ist aber nicht nur eine unzumutbare Forderung des Bundes, wie es manchmal fälschlicherweise dargestellt wird. Sondern es ist in unserer aller Sinn. Denn wir sollten auch die Abkoppelung der Bildungserfolge unserer Kinder von ihrer jeweiligen Herkunft ernst nehmen, ebenso wie die uns vorliegenden internationalen und nationalen Konzepte. Daher ist es dringend an der Zeit, eine Ganztagsbetreuung anbieten und umsetzen zu können, abgesehen davon, dass wir jedes Elternteil dringend brauchen, um mit dem aufkommenden Fachkräftemangel und dem Arbeitskräftebedarf mitzuhalten. Dieser Rechtsanspruch ist für uns alle eine große Herausforderung, zumal wir in Baden-Württemberg beim Thema Ganztagsbetreuung keine ausgeprägte Tradition haben und wir uns damit dringend auseinandersetzen müssen. Es ist auch keine Selbstverständlichkeit, hier eine weitestgehende Wahlfreiheit erwarten zu können, tageweise die Kinder ab und an zu melden. Wir brauchen pädagogische Ziele, Bildungsziele und ein dringend nötiges Beziehungsangebot der Kinder auch außerhalb der Schule. In der Coronazeit hat es sich gezeigt, wenn dieses Beziehungsangebot wegbricht, wenn ich das ernst meine, dann braucht es an dieser Stelle ein Ganztagsangebot und eine klare Ausbaukonzeption.

Ich bin sehr dankbar, dass man jetzt nicht an der Förderquote für die Investitionen geschraubt hat - das wäre vielleicht vor Jahrzehnten eine nachvollziehbare Lösung gewesen, sondern dass es bei der 70 % Landesbezuschuss mit Bundesmitteln geblieben ist. Das bleibt deswegen wichtig, um es an meiner Stadt beispielhaft festzumachen: Wir haben 5 Projekte angemeldet. Ohne diese Quote hätten wir kein

Geld gehabt und hätten wir in den nächsten fünf Jahren nur 1 Projekt umsetzen können.

Neben dem, dass wir nicht schon im Investitionsbereich gescheitert sind, weil die 1,2 Milliarden für die Erstanträge und die damit verbundenen Erwartungen nicht hätten umgesetzt werden, gilt es jetzt, miteinander die Bedingungen für die Finanzierung und die Betriebsumsetzung ernsthaft die strategischen, inhaltlichen und finanziellen Versprechen anzugehen. Es macht keinen Sinn, hier die Verantwortung zwischen Bund und Land weiter hin und her zu schieben. sondern ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Lassen Sie uns auf den zweiten Schritt gehen und hier auch für die Betriebsausgaben eine Lösung finden.

Schauen wir auf ein weiteres Thema, das uns Kommunen alle direkt betrifft: In der Corona-Pandemie war Baden-Württemberg bundesweiter Taktgeber, um digitale Gemeinderatssitzungen zu ermöglichen. Die Gemeindeordnung sollte digitale Ratssitzungen nun bald generell zulassen, sofern es die Gemeinderäte mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

Und um die Kommunalpolitik den Menschen möglichst nahe zu bringen, bitte ich Sie ferner, den Gemeinderäten das Live-Streaming ihrer Ratssitzungen zu ermöglichen. Andere Bundesländer haben beides schon geregelt.

Eine ungute Entwicklung müssen wir dagegen so schnell wie möglich stoppen: Die Zersplitterung der Gemeinderäte in immer mehr Wahlvorschläge, die Gemeinderatssitze erlangen. Sie hat sich bei den diesjährigen Kommunalwahlen fortgesetzt. Eine zweistellige Zahl von Fraktionen und Gruppierungen im Gemeinderat erschwert die Ratsarbeit um ein unglaubliches Maß.

Der Städtetag hat bereits zu den Kommunalwahlen 2014 und 2019 eine Wahlrechtsänderung zur Verhinderung einer weiteren Zersplitterung gefordert und dazu einen Vorschlag vorgelegt. Die Landesregierung sah sich damals aus rechtlichen Gründen nicht imstande, diesen Vorschlag zu übernehmen.

Aber die Zersplitterung beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der Gemeinderäte seit den jüngsten Kommunalwahlen im Juni mehr denn je. Deshalb haben wir Ihnen, lieber Herr stv. Ministerpräsident Strobl, in ihrer Funktion als Innenminister vorgeschlagen, eine Kommission zu beauftragen, Änderungsvorschläge zur Sitzzuteilung bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg zu entwickeln. Sie entgegneten uns, stattdessen die Rückkehr zum früheren Auszählverfahren nach d'Hondt zu favorisieren. Ich will Ihnen hier versichern, dass wir für diesen Weg offen sind. Lassen Sie uns daher bald die nächsten Schritte vereinbaren!

Die Reform der derzeitigen Rechtslage entspricht einer grün-roten Idee aus dem Jahr 2011/2012. Leider wird nicht zugegeben, dass die CDU dem damals auch zugestimmt hat. Und das ist eine Befürchtung, die ich im Moment habe im schon anflutenden Landtagswahlkampf. Neulich wurde ich gefragt, wenn Sie bei uns die Zeitung über die Debatten im Landtag lesen, es entstünde der Eindruck, die Landtagswahl sei in drei Monaten. Sie sind dann ganz erstaunt über meine Antwort, dass wir noch anderthalb Jahre bis dahin haben. Ich kann Sie nur alle auffordern, als Vertreterinnen und Vertreter aus Stuttgart: Wenn Sie jetzt schon Wahlkampf machen wollen, dann bitte nicht zu Lasten von Lösungen, die wir als Kommunen dringend brauchen. Und für einen vorzeitigen Wahlkampf ist das Thema Verteilung im Rahmen einer Wahlrechtsreform nun wirklich genau das völlig falsche Thema.

Ich will jetzt etwas cursorisch die Themen aufrufen, bei denen wir sehr bereit sind, mit Ihnen in eine weitere Umsetzung und in eine gemeinsame Verantwortung gehen. Gerade auch durch die Konsequenzen der Coronakrise auf die Kinder und Jugendlichen ist uns die Umsetzung eines Kinder- und Jugendhilfe-Inklusiongesetzes als Zielsetzung außerordentlich wichtig. Wir müssen Frühe Hilfen aufsuchende Familienberatung, lebendige und frühkindliche Bildung, Schulsozialarbeit, Ferienprogramme und Stadtranderholungen und vieles mehr ernst nehmen und versuchen, dies über entsprechende Gesetzesvorhaben abzusichern und zu stabilisieren. Das brauchen wir für die jungen Leute. Denn sie sind die Fachkräfte von Morgen, nicht nur für uns als Kommunen, sondern zur Zukunftssicherung für unseren Staat, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.

Die Unterbringung von Geflüchteten verlangt Akzeptanz in der Bevölkerung. Die dazu vertrauensvolle Kommunikation zwischen Land und Kommunen habe ich eben angesprochen. Integration vor Ort kostet Zeit und Geld. Vielen Dank, dass wir für die Ukrainegeflüchteten jetzt doch noch einmal für zwei Jahre neues Integrationsmanagement zugewiesen bekommen haben. Aber diese zwei Jahre reichen nicht aus. Hier brauchen wir eine Verstetigung und eine Stabilisierung und behalten sie immer vor Augen. Wir rechnen mit Kosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro auf der kommunalen Seite für die Unterbringung Geflüchteter. Wir haben jetzt 272 Millionen Bundesmittel durchgereicht bekommen.

Und es steht für uns in den nächsten Jahren auch noch eine wichtige gemeinsame Aufgabe an, wie die Neudefinition von LEA-Standorten mit der entsprechenden Kommunikation. Und mit der Diskussion mit dem Bürgerinnen und Bürgern ist es mehr denn je notwendig, dass sich Land und Kommunen hier in einem vertrauensvollen Miteinander vor die Bürgerinnen und Bürger stellen. Das wird nicht überall die Widerstände beseitigen. Aber wenn wir es an dieser vertrauensvollen Kommunikation und dem „sich vor die Bürger stellen“ mangeln lassen, dann brauchen wir uns über die Reaktion der unmittelbar betroffenen Bevölkerung nicht zu wundern.

Der Wohnraumdruck ist von meinem Oberbürgermeisterkollegen Martin Horn bereits angesprochen worden. Auch hier sollten wir uns weitere Gedanken machen. Die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau sind zwar so hoch wie nie. Allerdings war das Bewilligungsvolumen in den vergangenen Jahren im Frühjahr vollständig ausgeschöpft. Das ist eigentlich ein gutes Zeichen, weil wir ja bundesweit davon reden, dass die Bauvorhaben nicht vorankommen und auch keine neuen in Angriff genommen werden. Ich kann Ihnen aber versichern, auch aus meiner kommunalen Perspektive: ohne diese Fördermittel haben noch weniger Investoren überhaupt die Chance, heute mit Wohnungsbau zu beginnen. Das betrifft die kleinen, die mittleren, aber vor allem auch unsere großen Wohnungsbaugesellschaften. Denn sie machen am Ende das große Kontingent aus. Deswegen wenn es in Baden-Württemberg eine Bereitschaft gibt, hier noch viel mehr tun zu können, als das anderswo möglich ist, dann lassen Sie uns bitte darüber reden. Und wenn wir dann noch die notwendige Förderung hinbekommen, um es überhaupt zu ermöglichen. Ansonsten können wir dieses sich aufbauende Defizit in den nächsten Jahren in keiner Weise in den Griff bekommen. Deswegen auch an dieser Stelle unsere ausgestreckte Hand. Lassen Sie uns darüber reden auch hier die Instrumente nachschärfen.

Beim Thema Demokratie ist es an uns allen, etwas gemeinsam zu tun. Wir als kommunale Ebene sind am Ende diejenigen, die sich damit rühmen, am Nächsten an den Menschen dran zu sein. Wir sind jetzt gemeinsam gefordert, unseren Bürgerinnen und Bürgern die Werte unserer Demokratie deutlich zu machen. Im Kern sind das: die Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Darunter tun wir es nicht und darunter wollen wir es auch nicht mehr tun. Denn Toleranz gegenüber Intoleranz wäre Selbstaufgabe. Die eindrucksvollen Bilder aus Freiburg haben es gezeigt, aber sie kennen es auch von Ihren Kommunen. Vor gerade mal acht Monaten sind die Menschen zu Tausenden auf die Straße gegangen und haben für Menschenrechte, für Vielfalt, für Demokratie und für Freiheit demonstriert. Diese Köpfe, diesen Geist in unserer Gesellschaft brauchen wir jetzt mehr denn je. Und wir dürfen sie in ihrem Engagement nicht vor den Kopf stoßen. Demokratische Institutionen alleine reichen aber für eine demokratische Gesellschaft nicht aus. Denn Demokratie ist mehr als eine Staatsform. Sie ist auch eine Lebens- und Gesellschaftsform, die diese Staatsform trägt. nicht irgendein „ferner“ Staat muss unsere demokratischen Werte leben und vertreten. Das muss er auch. Das muss auch jeder Mensch selbst Tag für Tag tun.

Und deswegen lassen Sie uns an dem, wie wir miteinander umgehen, an dem, wie wir jetzt mit klaren Entscheidungen dafür, aber auch dagegen argumentieren, mit klaren Vereinbarungen über Standards, über Qualität und für die nachhaltige Investitionen, mit klaren Ansagen, welche Rahmenbedingungen wir für Klimaschutz, für die Ganztagsbetreuung, für Kinderbetreuung, aber für viele andere Themen vor die Menschen treten und damit ein wichtiges Element deutlich machen: Wir sind in der Lage, in einer Demokratie zu Entscheidungen zu kommen und sie auch umzusetzen. Und wir bejammern uns nicht selbst angesichts der Vielfalt der Probleme und der verschiedenen Perspektiven. Wir müssen Vorbild dafür sein, dass wir zu Konsens in der Lage sind, dass wir uns streiten, dass wir im Konsens miteinander verhandelte Ergebnisse und Kompromisse vertreten und dass diese am Ende ein guter Weg sind, um das jeweilige Ziel zu erreichen.

Wir müssen aber auch stärker die Selbstorganisation, das eigene Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördern. Und ich möchte nochmals auffordern, dass wir die Bündnisse für Demokratie und Menschenrechte auf Landes- und auf den kommunalen Ebenen geschlossen haben mit dem Ziel für ein noch intensiver leben. Die Frage ist nun: wie können wir dieses Gedankengut in allen Institutionen deutlich machen? Wie können wir das, was eine IHK, eine Finanzgruppe, ein Sportverein macht, das, was jede andere Institution, die in diesen Bündnissen ist, noch besser abstimmen, um deutlich zu machen, Demokratie ist kein Spielfeld der Politik. Demokratie ist ein Spielfeld von uns allen. Und es geht auf allen diesen Ebenen darum, Streit auszuhalten, unterschiedliche Meinungen miteinander zu diskutieren und am Ende zu gemeinsam vertretenden Ergebnissen und gemeinsamen Lösungen zu kommen. Damit haben wir ein Engagement in der Gesellschaft, das sich über die jeweils eigene Institution in die Gesamtgesellschaft hinein ausstrahlt. Dazu gehört auch politische Bildung, das Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in viele Formen der Mitwirkung und der Ernstnahme in der Politik. Lassen Sie uns auch bitte daran arbeiten.

Wir begrüßen als Kommunen, dass im neuen Landeshaushalt sehr viel zum Thema Sicherheit gemacht wird. Und wir haben wahrgenommen, dass das Thema Terrorismusbekämpfung einen ganz besonderen Stellenwert bekommt. Aber

genauso brauchen wir nun auch ein starkes Paket für politische Bildung, um zu verhindern, dass uns so viele Menschen irgendwann entgleiten und die Sache anschließend nur mit entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen in den Griff zu bekommen ist.

Wenn wir beides tun, dann haben wir eine ganz überzeugende Antwort gefunden.

Sie merken, ich habe das Wort Transformation nicht mehr in den Mund genommen. Denn es fehlt uns nicht an Transformationsideen, an Transformationstechniken und an potentiellen Umsetzungsmöglichkeiten. Selbst wenn uns bei manch technischer Transformation mitunter die Rahmenbedingungen fehlen. Wir brauchen nicht dasselbe wie beim Handy- oder beim Elektrofahrzeugkabel, nämlich am Ende so viele Standards, dass die verschiedenen Geräte nicht mehr miteinander kompatibel sind. Aber das ist ein Randproblem.

Ich habe versucht, deutlich zu machen: Es fehlt oft der Mut. Uns fehlt es an gegenseitigem Vertrauen, um in einer gemeinsamen Verantwortungsgemeinschaft diese Dinge anzupacken, Entscheidungen zu treffen, die manchmal schmerzhaft sind. Und wir müssen dann aber das, worauf wir uns gemeinsam verständigt haben, draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern, in unserer eigenen Verwaltung, aber auch in unseren politischen Gremien kraftvoll vertreten können. Dazu müssen wir uns auf Neues und Ungewohntes einlassen, auf die Bereitschaft dies auszuprobieren und auch wieder zurückzunehmen und auch eine neue Fehlerkultur zuzulassen. Neue Lösungen sind notwendig, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Und genau vor dem Problem stehen wir im Moment an vielen Stellen.

Wir als Städtetag sind dazu bereit. Als Städte haben wir viele Beispiele, die wir vor Ort schon ausprobieren. Wir als Städte sind vorbereitet auf die Energiewende, auf Verkehrswende. Nehmen Sie bitte als andere Politikebenen dieses Angebot wahr.

Wir wollen uns nun bei der Hauptversammlung als Städtetag dessen gegenseitig vergewissern und uns gegenseitig auf die Schultern klopfen für vieles, was wir jeden Tag tun. Dafür können wir uns auch ein bisschen feiern lassen. Und daher freue ich mich sehr auf den Empfang heute Abend.

Abschließend möchte ich dem Team der Geschäftsstelle des Städtetags ganz herzlich danken für die Arbeit während der ganzen Zeit, aber vor allem auch für die Vorbereitung auf die zwei Tage unserer Hauptversammlung. Herzlichen Dank an Ralf Broß und sein Team. Ihr seid gute Vertreter unserer community und ihr habt wieder ein echtes Glanzstück gemacht. Ich sage das heut. Denn ich weiß, dass ich's morgen Mittag genauso sagen könnte. Herzlichen Dank.

Mein abschließender Dank gilt Ihnen, liebe Anwesende, liebe Gäste:

Jede Minute Einsatz für Gemeinschaft und Demokratie sind wichtig. In diesem Sinne „kommunal in die Zukunft - denn unser aller Morgen fängt heute an“, jeden Tag aufs Neue, hier heute in Freiburg und morgen oder übermorgen bei uns zu Hause. In diesem Sinne auf eine gute Hauptversammlung. Viele gute Ideen, viele gute Gespräche, sehr viel Mut und Vertrauen, mit dem wir anschließend in unsere tägliche Arbeit gehen können -und vor allem aber auch viel Spaß. Dankeschön.